

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ersch.-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/222.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.,
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720

Nr. 36.

Berlin, Mittwoch, 6. Mai 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Das Jubiläum des „Weltfeiertags“ — Kapital-
riefen. — Statistik der Rechtsprechung in der Unfall- und
Invalidentversicherung für das Jahr 1913. — Allgemeine
Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. —
Anzeigen.

Das Jubiläum des „Weltfeiertags“.

Dieses Mal sollte sich die Maifeier ganz be-
sonders großartig gestalten. War es doch das
25. Mal, daß die Sozialdemokratie diesen von ihr
festgesetzten Feiertag beging. Dementprechend
wurde auch die Reklametrommel tüchtig gerührt;
aber trotz aller Anstrengungen ist der Erfolg aus-
geblieben.

Von Jahr zu Jahr ist die Beteiligung an der
Maifeier zurückgegangen. Die Propaganda für den
Achtundzweiundzwanzigsten, der die Feier des 1. Mai ursprüng-
lich gelten sollte, zog nicht mehr. Seit Jahren hat
man denn auch andere Ziele mit der Maifeier-
demonstration verknüpft. Aber alles vergeblich.
Die große Masse läßt sich eben auf die Dauer mit
Krausen nicht berauschen. In diesem Jahre kam
man noch die wirtschaftliche Krise dazu. Viele
Tausende von Familienvätern haben keine Arbeit.
Vor den Toren der Betriebe stehen gewaltige
Scharen, die nur darauf warten, zur Beschäftigung
hingelassen zu werden. Sollte man da leicht-
sinnig seine Arbeitsstelle aufgeben? Und die
Unternehmer warteten förmlich darauf, provoziert
zu werden. In zahlreichen Veröffentlichungen gaben
sie zu erkennen, daß sie die Arbeitsruhe am 1. Mai
mit einer kürzeren oder längeren Ausperrung be-
antworten würden, und wo die Drohung ausge-
sprochen worden ist, da hat man sie auch wahrge-
macht. Kurzum, vielerlei Momente haben zu-
sammengewirkt, daß die Jubiläumsfeier das kläg-
lichste Fiasko erlebt hat.

Allzuhoch spannt man ja in der sozialdemo-
kratischen Partei die Hoffnungen bezüglich der
Maifeier überhaupt nicht mehr. Da hat man denn
einen neuen Krid versucht. Die sozialdemokratische
Fraktion des Reichstages stellte den Antrag, die
Sitzung am 1. Mai ausfallen zu lassen. Sämtliche
bürgerliche Parteien lehnten aber den Antrag ab.
Man mag die Nichtberücksichtigung eines solchen
Wunsches der größten Partei des Reichstages miß-
billigen, aber das steht fest: Hätte die deutsche
Volksvertretung dem sozialdemokratischen Antrage
Rechnung getragen, dann hätten die „Genossen“ ein
Triumphgeheul angestimmt, und in ihrer Presse
hätte man in der üblichen geschmackvollen Weise
lesen können: Seht, wie stark die Sozialdemokratie
ist, wie sehr sich der Gedanke der Maifeier einge-
bürgert hat! Selbst der deutsche Reichstag hat an
diesem Tage die Arbeit ruhen lassen. Aber wie
gekagt, daraus ist nichts geworden.

Kein Wunder, wenn aus den Festberichten der
sozialdemokratischen Presse eine starke Regen-
jammersinnung herausblüht. Wie hat in früheren
Jahren der „Vorwärts“ renommier! Und dieses
Mal muß er zugucken, daß die Veranstaltung „er-
stlich den Stempel einer Feier in Zeiten der
Krise“ trug. Das heißt mit andern Worten, die
Beteiligung an der Arbeitsruhe war minimal.
Und in der Tat, in Berlin hat man kaum etwas
davon vermisst. Nur in unmittelbarer Nähe der
Kölle, in denen die Maifeierveranstaltungen
stattfanden, begegnete man kurz vor Erlösung
einigen Leuten, die die übliche rote Blume im
Knopfloch trugen. Und nicht besser als in Berlin
ist die Geschichte anderswo verlaufen. Trotz allen
Wagens der „Genossen“ also steht fest, daß die
Maifeier so gut wie gar keine Bedeutung mehr

hat, und die Zeit liegt unseres Erachtens nicht
mehr fern, wo man auf diese inhaltslose Demon-
stration überhaupt verzichtet. Die Bernunft bricht
sich eben überall Bahn. Auf die Dauer kann man
auch die denkfaulste Masse mit leeren Redensarten
nicht berauschen, und deshalb sind wir überzeugt,
daß die deutsche Arbeiterklasse sich allmählich von
der Sozialdemokratie überhaupt abwenden wird.
Sie wird es satt bekommen, sich mit recht lang-
fristigen Weiseln auf die Zukunft vertrösten zu
lassen. Wie in England, so werden auch bei uns
die Arbeiter lieber praktische Gegenwartsarbeit
sehen wollen. An solcher aber hat es die Sozial-
demokratie bisher fehlen lassen.

Im Interesse der Arbeiterschaft läge eine solche
Entwicklung zweifellos. Denn dann würde der
Boden geschaffen werden für eine einheitliche Ar-
beiterbewegung, wie sie die Deutschen Gewerks-
vereine anstreben. Die einheitliche Arbeiterbewegung
aber ist die unerläßliche Vorbedingung dafür, daß
die deutsche Arbeiterschaft die Bedeutung gewinnt,
die ihr als Produktionsfaktor in unserem Wirt-
schaftsleben zukommt.

Kapitalriefen.

Das deutsche Wirtschaftsleben ist in diesen
Tagen durch den Zusammenschluß der größten
Banken überrast worden. Die Diskonto-Gesell-
schaft hat den großen Schaffhausen'schen Bankver-
ein aufgekauft. Das Kapital der Gesellschaft, das
erst kürzlich von 200 auf 225 Millionen Mark er-
höht wurde, ist jetzt auf 300 Millionen Mark ge-
stiegen. Damit ist die Diskonto-Gesellschaft mit
einem Schläge an die Spitze der deutschen Groß-
banken getreten und hat die Deutsche Bank, soweit
das Aktienkapital in Frage kommt, um 50 Mill.
Mark überflügelt und an die zweite Stelle ge-
drängt.

Diese kapitalistischen Vorgänge sind nicht nur
in ihrer imponierenden Größe interessant, sondern
lenken den Blick der Allgemeinheit und nicht zum
wenigsten des Arbeiters auf die Frage hin, wo
hinaus denn dieser kapitalistische Konzentrations-
prozeß führen soll. Sollte, wird mancher lange
meinen, Karl Marx, der wissenschaftliche Theore-
tiker der Sozialdemokratie, nicht doch recht haben,
wenn er im vorigen Jahrhundert prophezeigte, daß
sich auf der einen Seite das Kapital zusammen-
ballen, daß es ungeheure Reichtümer in den Hän-
den einiger Weniger vereinigen und auf der ande-
ren Seite die Zahl der Kapitallosen, kurz der
Proletarier, ins Riesenhafte answellen lassen
würde. Wir haben also zu untersuchen, ob die
kapitalistische Entwicklung sich wirklich in diesem
Sinne vollzieht, oder ob sich gegenüber den ge-
waltigen Kapitalkonzentrationen nicht doch Ten-
denzen entgegengekehrter Art geltend machen, die
einen gesunden Ausgleich verbürgen.

Allerdings, wer die noch junge geschichtliche
Entwicklung des deutschen Bankwesens verfolgt
hat, muß ohne weiteres zugeben, daß sich hier mit
der Zeit eine weitgehende Kapitalkonzentrierung
angebahnt hat, die noch lange nicht zum Abschluß
gekommen ist. Man weiß, daß z. B. die Deutsche
Bank ihren Wirkungskreis und ihre Bedeutung
dadurch außerordentlich erhöht hat, daß sie zahl-
reiche Provinzialbanken irgendwie sich abhängig ge-
macht hat, sei es durch Ankauf von Anteilen oder
Aktien, sei es durch eine weitgehende Kreditge-
währung. Zurzeit ist sie außerordentlich bestrebt,
Boden in Rheinland-Westfalen zu gewinnen oder,
richtiger, ihn auszubehnen. Erst unlängst hatte sie
zu diesem Zwecke die Bergisch-Märkische Bank in
Eberfeld in sich aufgenommen, und man sagt jetzt,

sie wolle den Zusammenschluß der Diskonto-Gesell-
schaft und des Schaffhausen'schen Bankvereins
durch die Angliederung der Rheinischen Bank in
Essen und der Märkischen Bank in Bochum beant-
worten. Wie weit das zutreffend ist, mag dahin-
gestellt bleiben. Jedenfalls sind sich nunmehr die
beiden größten D-Banken — die dritte D-Bank ist
die Dresdener Bank — im rheinisch-westfälischen
Industriebezirk als die schärfsten Konkurrenten
gegenüber getreten, da die Diskonto-Gesellschaft
durch den gerade hier stark verbreiteten Schaff-
hausen'schen Bankverein in eine ausschlaggebende
Stellung gerückt ist.

Diese Kartellierung von Großbanken ist ein
Gegenstück zu der immer weiteren Kartellierung
der deutschen Industrie. Durch das Kohlen- und
Eisenyndikat ist es der sogenannten Schwerindustrie
gelingen, fast die gesamte Produktion zu regeln
und einheitliche Preise festzusetzen, da sie infolge
der Schutzzölle die Konkurrenz des Auslandes nur
wenig oder gar nicht zu fürchten hat. Die Pro-
duzenten haben sich hier also durch einen Zusam-
menenschluß eine überragende Stellung gegenüber
den Konsumenten gesichert. Der Konsument, mag
es die verarbeitende Industrie, mag es jeder
Familienvater als Rohverbraucher sein, ist auf
diese Weise einfach gezwungen, die Preise zu be-
zahlen, welche die kartellierten Produzenten von
ihm verlangen. Somit wären die Ausschüchter der
Konsumenten, der großen Masse, für die nächste
Zukunft nicht gerade sehr rosig. Der Arbeiter hätte
nur in fortwährenden Lohnverhandlungen die ein-
sige Möglichkeit, diesem unaufrichtigen Ver-
teuerungsprozeße nachzukommen.

Aber es ist schon dafür gesorgt, daß die
Bäume nicht in den Himmel wachsen. Auch die
Kapitalriefen nicht. Einmal wollen wir doch das
Eine nicht übersehen: Karl Marx dachte immer,
verallgemeinernd, bloß an das Kapital als das Pri-
vateigentum des Einzelnen. Wie eine rollende
Lohnine würde dieses Kapital answellen und
schließlich nur in den Händen weniger vereinigt
sein, während die Masse der „Enterben“, der Ab-
hängigen vom Kapital in demselben Maße zu einer
schier unübersehbaren Armee answachen würde.
Insofern ist die kapitalistische Entwicklung einen
anderen Weg gegangen, als das persönliche Kapital
(von wenigen Ausnahmen wie Krupp u. a. abge-
sehen) mehr und mehr an Einfluß verliert und vor
dem unpersonlichen Kapital zurückweicht, vor dem
Kapital, das, aus Anteilen und Aktien bestehend,
erst organisiert eine Macht gewinnt, welche die
früherer Jahrzehnte in den Schatten stellt. Was
bedeutet heute zum Beispiel Rothschild's persön-
liches Kapital gegenüber dem unpersonlichen, d. h.
organisierten Kapital der Deutschen Bank?

Inzwischen hat sich das Kapital noch in einer
anderen Form organisiert. Neben der Gesellschaft
mit beschränkter Haftung und der Aktiengesellschaft
ist die Genossenschaft aufgetaucht. Sie stellt
gegenüber den Produzenten die eigentliche Or-
ganisation der Konsumenten dar.
Diese sagen sich, daß es unfinnig ist, wenn der
Konsument nur um des Produzenten willen da sein
soll, d. h. wenn der Konsument von der Willkür des
Produzenten abhängig ist. Umgekehrt wird ein
Schuh daraus. Der Konsument ist die notwendige
Voraussetzung jeder Produktion. Und so macht
sich denn zusehends in immer weiteren Kreisen die
Notwendigkeit geltend, durch einen Zusammen-
schluß der Konsumenten Einfluß auf die weitere
Entwicklung des Kapitalismus und der Produktion
zu gewinnen. Die Großbanken haben sich zum
Teil dadurch ihre mächtige Stellung auf dem

Kapitalmarkt erobert, daß ihre zahlreichen Debitorenkassen die Geldsammlerbeden großer Teile der Masse sind. Erst dadurch wurde es ihnen möglich, Kriessummen in wirtschaftlichen Unternehmungen, nicht zuletzt auch im Auslande, anzulegen. So, mit jedem Jahre mehr drängten sie ins Ausland, entzogen so viele hundert Millionen Mark dem deutschen Markt und riefen jene Kreditnot hervor, an der wir noch heute krank sind. Diese Kreditnot ist gleichbedeutend mit einer Verteuerung des Geldes und der Produktion, d. h. einer Verteuerung der Mieten und fast aller menschlichen Bedarfsartikel.

Hier steht nun die Gegenwehr, die Selbsthilfe der kleinen Konsumenten ein. Das Genossenschaftswesen, das Jahrzehnte lang nur ein beschleunigtes Dasein geführt hat, fängt jetzt an, sich überraschend schnell auszubreiten. Leider sind die ziffernmäßigen Beweise dafür noch nicht bis zum heutigen Tage zu führen, da die Statistik ihrem ganzen wissenschaftlichen Charakter nach dazu verurteilt ist, der schnell vorwärtsgehenden Zeit nachzugehen, ohne sie jemals erreichen zu können. Inzwischen lassen sich die bis jetzt vorliegenden statistischen Uebersichten das rapide Wachstum des deutschen Genossenschaftswesens deutlich erkennen. Danach betrug die Zahl der Genossenschaften am 1. 1. 1907 25 713, am 1. 1. 1911 30 489. Gesamtsumme der Mitglieder am 1. 1. 1907 226 446 000 M., am 1. 1. 1911 913 727 000 M. Dabei sind hier noch nicht einmal die Zentralgenossenschaften eingerechnet. Dazu kommt, daß sich die Struktur der Genossenschaft für manche Gründungen als ungeeignet erweist hat. Und so dringt denn auch die Form der Aktiengesellschaft in die Organisationen der Konsumenten ein. Es gibt heute schon eine ganze Reihe gemeinnütziger Unternehmungen, so Kleinwohnungsbedingungen, die den Charakter einer Aktiengesellschaft als das bequemere Gewand angenommen haben. Im Versicherungswesen haben sich zum Beispiel die Deutschen Gewerkschaften auch der in die Form einer Aktiengesellschaft gekleideten Selbstversicherung angeschlossen. Ferner ist, um zum eigentlichen Genossenschaftswesen zurückzuführen, die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ in neuester Zeit auf den Plan getreten, um tausende von Leuten auch im Versicherungswesen unabhängig vom Großkapitalismus zu machen und, selbst Kapitalien anhäufend, zum Großkapital anzuwachsen, das aus lauter kleinen und kleinsten Teilchen — Pfennigbeträge — sich zusammensetzt. Welche ungeheuren Summen der kleine Sparrer, der Mann, der mit dem Pfennig rechnen muß, aufzubringen imstande ist, wenn er in geschlossener Masse auftritt, geht u. a. aus den deutschen Sparfassen-Guthaben hervor. Das Gesamtguthaben der öffentlichen deutschen Sparkassen bezifferte sich im Jahre 1911 auf über 16½ Milliarden Mark und das der nichtöffentlichen auf annähernd 1,3 Milliarden Mark. Das sind Kriessummen des kleinen Mannes, gegen die wiederum die Kriesskapitalien der deutschen Banken klein erscheinen. Wenn der Vergleich — eines Zeitunterchiedes von ungefähr zwei Jahren wegen — auch nicht ganz genau paßt, einigermaßen drückt er doch das Größenverhältnis ins rechte Licht: Ende September 1909 belief sich die Zahl der deutschen Banken (Aktien-Gesellschaften) auf 461 mit noch nicht 4 Milliarden Mark Kapital (genau 3 846 100 000 M.). Ist sich der kleine Konsument im weitesten Sinne erst seiner Macht bewußt, dann erscheinen ihm die Kapitalisten, wie wir sie heute in den Großbanken repräsentiert sehen, keineswegs mehr so ungeheuer gewaltig und bedrohlich. Denn er weiß, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wenn auch die Mark des kleinen Mannes, im Genossenschaftswesen angelegt, zu Millionen und Abermillionen answachsen wird, um dann als gleichberechtigter und gleichwertiger Faktor, ausgleichend, das deutsche Wirtschaftsleben zu beeinflussen. Der Philosoph Schopenhauer nennt in einer bittigen Schrift über das weltliche Geschlecht das junge schöne Mädchen einen Knalleffekt der Natur; so kann man auch diese gewaltigen Gebilde im heutigen Kapitalismus Knalleffekte der Oekonomie nennen. Vorläufig wenigstens. Aber wenn wir uns nicht nur von dem Ungeheuerlichen des Augenblicks blenden lassen, sondern ruhigen Auges darüber hinaus schauen, dann erscheint uns das nicht mehr als etwas ganz Besonderes. Dann sehen wir darin lediglich die unaufhörlich fortschreitende Organisation des Kapitals, des Großkapitals in den Banken, des Kleinkapitals in den Genossenschaften. Wann werden sie sich ebenbürtig gegenüberstellen?

Erich Dombrowski-Weipzig.

Statistik der Rechtspflege in der Unfall- und Invalidenversicherung für das Jahr 1913.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1913 weicht in mancher Beziehung von seinen Vorgängern ab, deshalb, weil durch das Inkrafttreten des dritten Buches der Reichsversicherungsordnung, das die Unfallversicherung neu regelt in vieler Beziehung Vergleiche mit den früheren Jahren nicht mehr gezogen werden können.

Von sämtlichen Trägern der Unfallversicherung wurden 519 902 Bescheide erlassen, und zwar 327 092 in gewerblichen und 192 810 in landwirtschaftlichen Unfall-Versicherungsfällen, worunter sich 48 960 und 21 412 Endbescheide befanden. Die Zahlen der Endbescheide ergeben die Anzahl der erledigten Einsprüche, die in 10 324 Fällen für die Verletzten ein günstiges Resultat hatten.

Um wenigstens einigermaßen einen Vergleich ziehen zu können, sei bemerkt, daß die Zahl der im Jahre 1912 erteilten berufsungsfähigen Bescheide 424 855 betrug, wovon 248 067 auf die gewerblichen und 176 788 auf das landwirtschaftliche Unfallversicherungswesen entfielen.

Die am Schlusse des Jahres 1913 bestehenden 104 Oberversicherungsämter, die an die Stelle der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung getreten sind, haben ihre Geschäftsberichte noch nicht veröffentlicht. Trotzdem darf gesagt werden, daß die Zahl der bei ihnen anhängig gewordenen Berufungen gegenüber dem Jahre 1912 fast durchweg, zum Teil erheblich zurückgegangen ist.

Ueber die in den letzten 10 Jahren anhängig gewordenen Rekurse gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Jahr	Unabhängig gewordene Rekurse					
	überhaupt	in gewerblichen Unfallversicherungsfällen		in landwirtschaftlichen Unfallversicherungsfällen		
		Jahr	v. d.	Jahr	v. d.	
1913	12 729	10 803	84,9	1 926	15,1	
1912	22 827	19 038	83,4	3 789	16,6	
1911	24 184	19 878	82,2	4 306	17,8	
1910	25 686	20 721	80,7	4 965	19,3	
1909	25 234	20 126	79,8	5 108	20,2	
1908	22 552	17 679	78,4	4 873	21,6	
1907	19 804	15 307	77,3	4 497	22,7	
1906	19 634	15 236	77,6	4 398	22,4	
1905	17 422	13 872	79,6	3 550	20,4	
1904	16 478	12 456	75,6	4 022	24,4	

Zu der für das Jahr 1913 angegebenen Zahl der Rekurse kommen noch 184 anhängig gebliebene Anträge auf Feststellung der zur Entschädigung verpflichteten Versicherungsträger. Die Abnahme der Rekurse ist ungemein groß. Sie beträgt 43,9 Prozent der vorjährigen Zahl und ist herbeigeführt durch die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Beschränkung des Rechtsmittels des Rekurses.

Wie hoch die Zahl der Rekurse bei 100 rekursfähigen Entscheidungen der Oberversicherungsämter ist, kann in Ermangelung der Geschäftsberichte der Oberversicherungsämter für 1913 nicht angegeben werden. Das aber hat sich wiederum gezeigt, daß die Verletzten von dem Rechtsmittel des Rekurses viel eher Gebrauch machen als die Versicherungsträger. Die Folge ist, daß der Prozentsatz der erfolgreichen Rekurse der Verletzten erheblich niedriger ist als der der Versicherungsträger. Zu einer völligen oder teilweisen Abänderung des angefochtenen Urteils des Oberversicherungsamts zugunsten des Verletzten kam es in gewerblichen Unfallversicherungsfällen in 20,4, in landwirtschaftlichen Unfallversicherungsfällen in 20,6 von 100 durch Urteil erledigten Rekursen. Die erfolgreichen Rekurse der Versicherungsträger sind, wie gesagt, zahlreicher. Sie betragen bei den gewerblichen Unfallversicherungsfällen 50,0, bei den landwirtschaftlichen Unfallversicherungsfällen 44,1 von 100 durch Urteil erledigten Rekursen.

In Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungsfällen wurden 266 763 berufsungsfähige Bescheide erlassen, und zwar 185 015 in Invalidenrenten-, 13 159 in Altersrentenfällen und 58 579 in Hinterbliebenenversicherungsfällen. Von den im Jahre 1913 ergangenen 142 808 Festsetzungsbescheiden in Invalidenfällen sind 131 649 Renten für dauernde und 11 210 für vorübergehende Invalidität bewilligt. Ferner betrafen von diesen Festsetzungsbescheiden 112 144 Invalidenrenten ohne Rinderzuschuß und ohne Zusatzrente, 20 598 solche mit Rinderzuschuß, 92 solche mit Zusatzrente und 25 solche mit Rinder-

zuschuß und Zusatzrente. Von den 58 579 ergangenen Bescheiden in Hinterbliebenenversicherungsfällen betrafen 21 231 Witwen- oder Wäuerrenten, 28 174 Waisenrenten, 8679 Witwengeld und 495 Waisenaussteuer. Die Zahlen für das Jahr 1912, das allein einen Vergleich zuläßt, waren: 222 193 berufsungsfähige Bescheide, und zwar in Invalidenfällen 178 768, in Altersrentenfällen 13 611 und in Hinterbliebenenversicherungsfällen 29 814.

Berufungen in Hinterbliebenen- und Invalidenversicherungsfällen waren bei den Oberversicherungsämtern 33 073 zu bearbeiten. Erfolg für die Verletzten hatte das Rechtsmittel von 100 der durch Urteil erledigten Berufungen in 17,2 Fällen:

In der Revisionssinstanz wurden bei dem Reichsversicherungsamt 4701 Revisionen anhängig, und zwar 3976 Revisionen der Verletzten und 725 Revisionen der Versicherungskassen. Von den Revisionen der Verletzten betrafen Invalidenrentenfällen 3627, Altersrentenfällen 41, Hinterbliebenenversicherungsfällen 308. Bei den Revisionen der Versicherungskassen handelte es sich 655mal um Invalidenrentenfällen, 2mal um Altersrentenfällen und 68mal um Hinterbliebenenversicherungsfällen. Die Bewegung der Ziffern der Revisionen für die letzten 10 Jahre ergibt folgendes Bild:

Jahr	Unabhängig gewordene Revisionen					
	überhaupt	in gewerblichen Unfallversicherungsfällen (einschl. Waisenrentenversicherungsfälle)		in landwirtschaftlichen Unfallversicherungsfällen		
		Jahr	v. d.	Jahr	v. d.	
1913	4 701	4 282	91,05	48	0,91	
1912	5 069	4 672	92,11	46	0,91	
1911	5 889	5 372	91,27	67	1,18	
1910	6 655	6 068	91,19	67	1,01	
1909	4 161	3 695	88,93	66	1,57	
1908	6 805	6 228	91,53	67	1,01	
1907	5 555	5 470	98,47	85	1,53	
1906	6 290	6 198	98,46	97	1,54	
1905	6 088	5 983	98,26	105	1,74	
1904	4 798	4 661	97,14	137	2,86	

Danach ist die Zahl der Revisionen in Invalidenrentenfällen gegen das Vorjahr weiter zurückgegangen.

Auf 100 Urteile des Oberversicherungsamts entfallen anhängig gebliebene Revisionen der Verletzten 16,99. Für die Versicherungskassen betrug die Revisionsauffälligkeit auf 100 Urteile des Oberversicherungsamts 3,10. Erfolgreich waren die eingeleiteten Revisionen für die Verletzten in 1,46, für die Versicherungskassen in 11,64 von 100 Fällen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 5. Mai 1914.

Die Kundgebung für Fortführung der Sozialreform, die am Sonntag, den 10. Mai, mittags 12 Uhr, von der Gesellschaft für Soziale Reform in der „Neuen Welt“ zu Berlin veranstaltet wird, hat in den Kreisen der Berliner Arbeiterschaft, soweit sie der Gesellschaft für Soziale Reform angeschlossen ist, einen überaus lebhaften Widerhall gefunden. Alle Organisationen machen starke Anstrengungen, daß die Versammlung einen recht zahlreichen Besuch anzieht. Die Deutschen Gewerkschaften dürfen sich vor niemand überbieten lassen. Wir sind der Gesellschaft für Soziale Reform angeschlossen und haben deshalb die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch unsere Kollegen und Kolleginnen recht zahlreich vertreten sind. So richten wir denn heute noch einmal an die Mitglieder von Groß-Berlin einen eindringlichen Appell, daß sie sich für den 10. Mai nichts vornehmen, sondern massenhaft in die „Neue Welt“ kommen.

Die staatliche Arbeitslosenversicherung durch den bayerischen Reichsrat abgelehnt. Wir haben bereits mitgeteilt, daß der von der zweiten bayerischen Kammer gefasste Beschluß auf Einhebung von 150 000 M. in den Etat zur Ermöglichung einer staatlichen Unterstützung der kommunalen Arbeitslosenversicherung von dem Ausschuss der Kammer der bayerischen Reichsräte abgelehnt worden ist. Man hat die genannte Summe nicht einfach gestrichen, sondern will sie andern Zwecken der Arbeiterfürsorge, wie dem Arbeitsnachweis usw. zuwenden.

Es war vorauszuweisen, daß das Plenum des Reichsrats dem Beschluß seines Ausschusses folgen würde, und dies ist auch geschehen. Trotz energischen Eintretens der Regierung für den Beschluß der zweiten Kammer hat die Kammer der Reichsräte die Vorlage abgelehnt. Nicht einmal ein Kompromißvertrag wurde angenommen. Einmalig waren zum Teil die Gründe, die von den Geg-

der Vorlage ins Feld geführt wurden. Der
höhere Ministerpräsident Graf Crailsheim, dem
an entgegengehalten hatte, daß die Kammer sich
in einem früheren Beschluß für eine staatliche
Unterstützung der Arbeitslosenversicherung ausge-
sprochen habe, begründete die jetzige ablehnende
Einstellung damit, daß dabei der Zusatz gemacht wor-
den sei: „sobald es die finanzielle Lage gestattet“.
Diese Voraussetzung sei aber nicht gegeben. Mit
Recht erwiderte darauf der Ministerpräsident Graf
Berthling, daß man dann die fragliche Summe
berauscht hätte streichen müssen.

Jedenfalls ist vorläufig die staatliche Arbeits-
losenversicherung für Bayern gefallen, und man
darf gespannt sein, wie der König, der sich wieder-
holt lebhaft für diese Art der Arbeiterfürsorge aus-
gesprochen hat, sich dazu stellen wird. Ob er diese
ungünstige Gelegenheit dazu benutzt, die schon seit
langer Zeit erörterte Frage der Reform der Reichs-
kammer zu lösen. Wie dem auch sei: Beharrlich
ist der Ausgang auf alle Fälle. Gütte Bayern die
staatliche Arbeitslosenversicherung durchgeführt,
dann wäre ihm sicherlich mancher andere deutsche
Bundesstaat auf dem Wege gefolgt. Umso ein-
dringlicher muß immer wieder die Forderung nach
Einführung einer Reichsarbeitslosen-
versicherung erhoben werden.

Eine neue Aufgabe für die Landesver-
sicherungsanstalten. Der Direktor des Bohrmungs-
amts Berlin, Dr. Raporte, fordert in der
Zeitschrift „Bzg.“ in einem Artikel „Heilbehandlung
der Landesversicherungsanstalten und innere Koloni-
sation“ die Träger der Invalidenversicherung auf,
die innere Kolonisation ihrem Interesse dienst-
lich zu machen. Wenn auch die Heilbehandlung
vielfach gute Erfolge gezeitigt hat, so wird doch
das Erdziel, die möglichst langanhaltende Verwen-
dung der Invaliditätsgeldempfänger, in sehr vielen Fällen
nicht erreicht. Die Krankheitserscheinung wird
nur mit Erfolg bekämpft, aber die Krankheits-
ursache bleibt noch wie vor bestehen. Die monate-
lange Kur nützt dem Arbeiter häufig nichts, wenn
er danach von neuem wieder den angreifenden
Einwirkungen eines Gewerbebetriebes ausgeliefert
wird. Dem sein durchaus geschwächter Körper auf
die Dauer doch nicht gewachsen ist. Oft muß der
Arbeiter auch eine Beschäftigung wieder auf-
nehmen, die seine Schwächung verursacht oder doch
besonders beeinflusst hat. Dr. Raporte ist der
Meinung, daß Abhilfe nur erfolgen kann, wenn der
bereits Halbinvalid in einen Verus gebracht wird,
in dem sich die schädigenden Einflüsse mit leichter
Mühe vermeiden lassen, das ist die Landarbeit und
das Leben auf dem Lande.

Um dies zu ermöglichen, wünscht der Verfasser,
daß die Innenkolonisation mit dem System der
Heilbehandlung verknüpft wird. Wenn ein Mann
zunehmend behindert unterworfen worden, und nach
einer bestimmten Zeit behindert oder ganz erwerbs-
unfähig geworden ist, soll er nicht ohne weiteres aus
der Heilbehandlung entlassen, sondern einem Koloni-
sationsverein überwiesen werden. Der Halb-
invalid soll entweder angesiedelt werden, wenn er
landwirtschaftliche Kenntnisse und einen kleinen
Einkaufsbetrag besitzt, oder aber auf einem Vereins-
muttergut in landwirtschaftliche Arbeit, natürlich
mit Rücksichtnahme auf seinen körperlichen Zustand
und mit allmählicher Steigerung der Arbeits-
intensität ausgebildet werden. Ein Teil von
diesen Arbeitern, selbst auch von denen, die nicht
selbst Ansiedler werden, würden dann in den klei-
nen Ranchhöfen und Dörfern bleiben, wenn sie
die Ueberzeugung haben, daß sie dadurch die
drohende Wiedererkrankung ein für allemal ver-
meiden. Jedenfalls erwachsen denjenigen, die ein
solches — nennen wir es einmal kombiniertes —
Verfahren durchgemacht haben, drei Vorteile:
Dem Versicherten wird eine Reihe von landwirt-
schaftlichen Kenntnissen übermittelt, die seinen
Wert als Arbeitskraft erhöhen; er schafft während
einer gewissen Zeit seiner Behandlung wirtschaft-
liche Werte, die ihm und der Allgemeinheit zugute
kommen; er wird endlich allmählich und ent-
sprechend seinen zunehmenden Körperkräften
wieder an die körperliche Arbeit gewöhnt.

Der Gedanke, der in diesem Aufsatz entwickelt
wird, kann nicht ohne weiteres von der Hand ge-
worfen werden. Die Erfahrung lehrt, daß viele
Arbeiter, die ein Verfallsverfahren durchgemacht
haben, nur vorübergehend davon Nutzen haben und
in ihre alte Krankheit wieder verfallen, sobald sie
die bisherige Tätigkeit wieder aufgenommen haben.
Jedenfalls sollten die Landesversicherungsanstalten
dem Vorschlag Dr. Raportes einmal nachtreten.
Seine Durchföhrung liegt vielleicht nicht nur im
Interesse der Versicherten, sondern auch der Ver-
sicherungsanstalten selbst.

Arbeiterbewegung. Auf der Grube Kosten-
bach im Saarrevier dauert der Streik der christ-
lichen Bergarbeiter fort. — Auch im Kampfe
der Berliner Maschinenmacher ist feiner-
lei Milderung eingetreten. — Seit Ende Februar
befanden sich die Granitschleiferei-
arbeiter des Fichtelgebirges im Aus-
stande. Jetzt ist nach langwierigen Verhandlungen
eine Einigung zustande gekommen und mit dem
Verbande der Granitindustriellen ein Tarif abge-
schlossen worden, der 3 Jahre läuft. — Die Sand-
stein- und Marmorarbeiter in Ber-
lin befanden sich seit einigen Wochen im Streik.
Auf die von ihnen verlangte Verkürzung der Ar-
beitszeit wollen die Unternehmer auf keinen Fall
eingehen. Trotzdem haben die Arbeiter die Streik-
leitung beauftragt, die Verhandlungen mit den
Unternehmern fortzusetzen. Auf die Verkürzung
der Arbeitszeit soll verzichtet werden. — Der
Kampf der in der Waffenindustrie von Solin-
gen beschäftigten Metallarbeiter dauert
fort. Die beteiligten Arbeiterorganisationen wollen
die von den Unternehmern herbeigeführte Sper-
rung mit dem Streik in sämtlichen Waffenfabriken, die
dem Arbeitgeberverband angehören, beantwortet.
— Im Malergewerbe von Heilbronn-
Weffalen finden zurzeit viele Kämpfe statt.
Die dortigen Unternehmer haben bekanntlich den
für das Malergewerbe abgeschlossenen Reichstarif
nicht anerkannt. Um sie dazu zu zwingen, sind
gegenwärtig in Koblenz, Reuß und Weibert die
Arbeiter in den Streik getreten.

Die Streikunruhen in Colorado dauern
noch immer fort. Die Truppenmassen sind verhärtet
worden, und an die Streikenden ist ein Aufruf er-
gangen, die Waffen niederzulegen. An einigen
Orten ist dieser Aufforderung auch bereits Folge
geleistet worden, so daß unangenehm ist, daß in ab-
sehbarer Zeit der Kampf beendet wird.

Zur Förderung der Gelben sollten, wie für-
zlich der nationalliberale „Deutsche Kurier“ mit-
teilt, im preussischen Abgeordnetenhaus Konfe-
renzen stattgefunden haben, an denen auch Vertreter
sämtlicher preussischer Ministerien teilgenom-
men hätten. Während die Regierung sich über
diese Aufsehen erregende Nachricht ausäußerte, er-
klärte der Vorsitzende des Förderungsausschusses
der nationalen und wirtschaftsfriedlichen Arbeiter-
bewegung, General a. D. von Loebell, daß
diese Mitteilung unzutreffend sei und eine Kon-
ferenz überhaupt nicht stattgefunden habe. Damit
aber läßt sich der Mitarbeiter des „Deutschen
Kurier“ nicht abfinden, sondern er bleibt energisch
dabei, daß solche Konferenzen doch stattgefunden
hätten und zwar im November 1912 und 1913. Die
Verhandlungen seien sogar in Broschürenform er-
schienen, allerdings in der Densität nicht er-
hältlich. Weiter schreibt er:

Die Konferenzen trugen einen durchaus die Stände-
organisationen (auch die christlich-nationalen Gewerks-
schaften) ablehnenden Charakter. Nur die „Wirtschafts-
friedlichen“, die sich durch einen ihrer Förderer an den
Beratungen beteiligten, wurden bedingungslos empfohlen.
Tatsache ist ferner, daß wiederholt und nachdrücklich
Staatsbeihilfen gefordert wurden. Es ist nach unserer
Kenntnis der Dinge eigentlich unmöglich zu bestreiten,
daß die sogenannte gelbe Bewegung aus öffentlichen
Mitteln gefördert wird. Natürlich erfolgt diese Förderung
auf indirektem Wege in verschiedenster Form.
So zum Beispiel erhält der Hauptaus-
schuß der „Wirtschaftsfriedlichen“ jährlich
15000 Mark aus Mitteln der öffentlichen
rechtlichen Versicherung, über deren Zusammen-
hang mit staatlichen Organisationen hier wohl näheres
nicht ausgeführt zu werden braucht. Das ist eine recht
bedrückliche Summe, wenn man in Betracht zieht, daß
der gesamte Etat des Hauptauschusses nur etwa 20000
Mark beträgt. 5000 Mark zählt der Förderungsausschuß.

Angesichts dieser bestimmten Behauptungen
halten wir es für eine dringende Pflicht der preus-
sischen Regierung, sich selbst zu äußern, was an
diesen Mitteilungen wahr ist.

Ein unhaltbares Boykotturteil. Im vorigen
Jahre brach in der Hamburger Margarinefabrik
Geermann ein Streik aus, in dessen Verlauf der
Boykott über die Firma verhängt wurde. Dieser
Boykott, der die Firma zur Liquidation zwang,
hatte eine ganze Reihe von Prozessen zur Folge.
Ein solcher spielte sich auch vor kurzem vor der
Strafkammer in Köln ab. Angeklagt war der Ge-
werkschaftsbeamte Mathis, der im Anschluß an den
Streik, als in Hamburg schon der Boykott über die
Ergebnisse der Firma Geermann verhängt worden
war, auf den Vertreter der Firma in Köln ein-
gewirkt hatte, er möchte seinen Einfluß bei der Firma
zur Beilegung des Streiks geltend machen. Auf
die Frage des Vertreters, was denn geschehen
würde, wenn er nicht nach dem Willen des Gewerks-
chaftsbeamten handele, soll dieser erwidert haben,

dann müsse der Boykott verhängt werden. Der
Vertreter der Firma behauptete allerdings, der
Gewerkschaftsbeamte habe gesagt, wenn er nicht
gütwillig auf die Firma einwirken wolle, würde
man ihn dazu zu zwingen wissen. In diesem
Verhalten erblickte das Schöffengericht in Köln
den Versuch einer Erpressung und verurteilte M.
zu 8 Tagen Gefängnis.

Dieses Urteil ist unseres Erachtens nicht halt-
bar, da der Boykott an sich ein gesetzlich erlaubtes
Mittel ist. Von einer Erpressung kann in diesem
Falle keine Rede sein, sonst müßten fortwährend
Unternehmer, die gegen ihre Ständegewissen die
Materialsperrung, die Berufsverklärung und dergl.
anwenden, zu vielen Jahren von Gefängnis ver-
urteilt werden.

Gegen die Kathedrozialisten hat man bei der
Beratung des Kultusetats im preussischen Abgeor-
detenhaus wieder einmal scharf gemacht. Dem be-
kannten Nationalökonom Professor Adolf
Wagner an der Universität Berlin fogt man
wegen seines hohen Alters seit einiger Zeit Mit-
drittsgeboten nach. Um nun zu verhüten, daß ein
modern denkender Nationalökonom als Nachfolger
Wagners berufen wird, hat schon jetzt im preus-
sischen Abgeordnetenhaus der konservative Abg.
von der Osten darauf hingewiesen, daß es be-
dauerlich wäre, wenn ein sogenannter Kathedro-
zialist sein Nachfolger würde. Die Industrie
habe sich entschieden dagegen ausgesprochen. Es
wäre schrecklich, wenn ein Mann, der z. B. von
Professor Brentano ausgebildet wäre, auf den
Lehrstuhl Wagners käme. Der Herr bekam ja vom
Ministertische die ihm sicherlich einsteilen be-
friedigende Antwort, daß Prof. Wagner vorläufig gar
nicht an seinen Rücktritt denke. Es ist aber bezeich-
nend, wie die Schachmader jede Gelegenheit be-
nutzen, um zu verhüten, daß liberaldenkende Män-
ner in einflußreiche Stellungen gelangen.

Ein Kommunalanfall wegen des Koalitions-
rechts ist in der pfälzischen Stadt Kaisers-
lautern ausgebrochen. Dasselbst ist man mit dem
Bau einer elektrischen Straßenbahn beschäftigt, der
zum größten Teil vollendet ist. Zur Aufnahme
des Betriebes fehlt eigentlich nur noch die Kon-
zession durch die Regierung. Diese Konzession aber
wird verweigert, weil in dem Straßenüberlassungs-
vertrag, den die Stadt mit der Straßenbahngesell-
schaft abgeschlossen hat, die Bestimmung ent-
halten ist:

Die Gesellschaft verpflichtet sich, den Arbeitern und
Angestellten der elektrischen Straßenbahn die volle Kon-
zessionsfreiheit zu gewähren und auf Wunsch einen Arbeiter-
ausschuß ins Leben zu rufen.

Diese Bestimmung hat nicht die Billigung der
Regierung gefunden, weil sie folgendem Absatz im
Konzessionsentwurf widerspreche:

„Das Betriebs- und Aufsichtspersonal des Straßen-
bahnunternehmens ist durch das königliche Bezirksamt
zu bestätigen und zu verpflichten. Die Bestätigung kann
bei Mißverhalten zurückgegeben werden, in welchem Falle
die Verwendung des beauftragten Bediensteten aufzu-
heben hat.“

Die bayrische Regierung macht nun die Er-
teilung der Konzession von der Streichung der
oben angeführten Bestimmung aus dem Straßen-
überlassungsvertrag abhängig. Trotzdem hat der
Stadtrat auch auf dringendes Anraten des Ober-
bürgermeisters mit 11 gegen 10 Stimmen die
Streichung jener Bestimmung abgelehnt. Die
Lösung des Konflikts hängt nunmehr davon ab,
wie sich das bayrische Staatsministerium zu dem
Fall stellt. Wenn man an seine Haltung gegen-
über dem Süddeutschen Eisenbahnerverband denkt,
so ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß es nachgibt,
trotzdem natürlich nicht gesagt sein soll, daß wir seine
Haltung etwa billigen.

Ausnahmerechtliche Stellung der Konsum-
vereine. Einige deutsche Bundesstaaten gestatten
es den einzelnen Gemeinden, von den Konsum-
vereinen im Falle der Erhebung zu erheben. Es geht
so aus, als ob manche dieser Gemeinden entgegen
aller Gleichheit vor dem Gesetz dieser Bestim-
mung der Konsumvereine Gehorsam abgewinnen
wollten. Der Ortsvorsteher einer Gemeinde in
Anhalt begründete die Einführung dieser Umfah-
steuer damit, das Gesetz richte sich nur gegen Kon-
sumvereine, weil sie keine Steuern zahlen wollen.
Von einem Ortsvorsteher sollte man eigent-
lich verlangen können, daß er über seine Rat-
schläge hinaus zu sehen gelernt hat. Es gibt keinen
Konsumverein, der keine Steuern zahlen will,
aber das wäre doch ein merkwürdiger Staats-
bürger, der sich selbst zum Tragen von Konsum-
steuerlasten drängt. Auch für die Konsumvereine
liegt nicht die geringste Veranlassung vor, sich zu
Steuerleistungen anzubieten, die schließlich den

